

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Gemeinsam für eine starke Industrie und einen ambitionierten Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Das Saarland ist ein Industrieland und seit Generationen eng mit der Stahlproduktion verbunden. Die saarländische Stahlindustrie produziert jährlich ca. 4,5 Mio. Tonnen Rohstahl, was etwa einem Zehntel des in Deutschland hergestellten Stahls entspricht. 13.000 Menschen sind im Saarland direkt in der Stahlindustrie beschäftigt.

Die Stahlindustrie in Europa gerät derzeit durch immense Überkapazitäten auf dem Weltmarkt unter Druck. Trotz einbrechender Nachfrage sind die Kapazitäten in China in den letzten Jahren mit staatlicher Hilfe weiter ausgebaut worden. Die chinesischen Stahlimporte haben im vergangenen Jahr ein Rekordniveau erreicht. Der Landtag des Saarlandes steht für freien Handel und spricht sich gegen Protektionismus aus. Der Wettbewerb muss aber WTO-konform ausgetragen werden. Die EU muss daher die vorhandenen Handelsschutzinstrumente einsetzen.

Ein Zusammenschluss einiger europäischer Wirtschaftsminister hat sich inzwischen an die EU-Kommission und den Europäischen Rat gewandt, um auf eine schnelle Ergreifung von Anti-Dumping-Maßnahmen zu drängen. Der saarländische Landtag begrüßt diesen Weg, bei der EU auf die Ausnutzung der Handelsschutzinstrumente hinzuwirken. Aus Sicht des saarländischen Landtages muss dieses Engagement auch auf die Frage abzielen, ob China der Status einer Marktwirtschaft von der EU zuerkannt wird. Denn hierdurch würden die europäischen Handelsschutzmöglichkeiten noch mehr an Wirksamkeit verlieren. Darüber hinaus braucht es eine grundlegende Modernisierung des europäischen Handelsschutzrechtes, das schnellere und bessere Antidumping-Maßnahmen zulässt.

Bezüglich der europäischen Klimaschutzpolitik stellt der Landtag des Saarlandes fest, dass mögliche negative Auswirkungen des Emissionshandels auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der Ausgestaltung der laufenden Emissionshandelsperiode durch einige Begünstigungen vermieden werden. Hierzu gehört vor allem die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten an Industrieunternehmen sowie die Strompreiskompensation zur Abgeltung indirekter CO₂-Kosten.

Aus Sicht des saarländischen Landtags muss auch für die kommende vierte Emissionshandelsperiode sichergestellt sein, dass deren Ausgestaltung nicht zu einer Verlagerung von CO₂-Emissionen in Länder mit niedrigeren Klimaschutzstandards führt. Um gleichzeitig den ambitionierten Klimaschutzzielen der EU und Deutschlands gerecht zu werden und ausreichend Innovationsanreize für eine CO₂-ärmere industrielle Produktion zu setzen, müssen sich die hierfür notwendigen Entlastungen aber am tatsächlichen Verlagerungsrisiko orientieren und dürfen nicht überdimensioniert sein.

Die Stahlindustrie ist nicht nur aufgrund ihrer Stromintensität von der CO₂-Bepreisung betroffen. Denn in dem konventionellen Verfahren zur Stahlgewinnung entsteht CO₂ als Teil einer chemischen Reaktion. Zur Minderung dieser prozessbedingten Emissionen bedarf es aus Sicht des saarländischen Landtags einer breit angelegten Offensive zur Erforschung und Implementierung von Innovationen für eine CO₂-arme und klimafreundliche Stahlproduktion.

Die Stahlindustrie ist aufgrund ihrer Energieintensität nicht nur von der EU-Klimapolitik, sondern auch von der bundesdeutschen Energiepolitik betroffen. Auch die deutsche Energieregulierung berücksichtigt die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und enthält Begünstigungen. Hierzu gehört die Umlagebefreiung für die Eigenstromerzeugung. Vor dem Hintergrund der anstehenden Reform dieser besonderen Ausgleichsregelung spricht sich der saarländische Landtag dafür aus, dass die Befreiung der Eigenstromerzeugung aus Anlagen der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung, der Erneuerbaren Energien und der Verwertung von Kuppelgasen und anderen Restenergien verlängert wird.

Die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie hängt von einer verlässlichen und günstigen Energieversorgung ab. Diese bestimmt sich nicht nur durch die genannten Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene, sondern vorrangig durch das vor Ort verfügbare Energieangebot. Vor diesem Hintergrund kritisiert der Landtag des Saarlandes die einseitige Energiepolitik der saarländischen Landesregierung mit dem Fokus auf Kohlestrom. Mit einem Anteil von 80 Prozent Strom aus Kohle belegt das Saarland einen Spitzenplatz unter allen Bundesländern. Um dem Energie- und Industrieland Saarland eine zukunftsfähige nachhaltige Perspektive zu eröffnen, müssen der Ausbau der Erneuerbaren Energien genauso vorangetrieben werden wie eine Modernisierung und Umrüstung des saarländischen Kraftwerksparks auf CO₂-ärmere Alternativen.

Der saarländische Landtag bekennt sich zum Industrieland Saarland. Aus Sicht des saarländischen Landtags darf der industrielle Kern unserer Wirtschaft aber nicht gegen den Klimaschutz ausgespielt werden. Das wäre auch aus wirtschafts- und industriepolitischen Gründen mittel- bis langfristig gefährlich.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Nutzung der bestehenden handelspolitischen Möglichkeiten sowie für eine Reform der europäischen Handelsschutzrechts im Sinne der Sicherstellung eines fairen und WTO-konformen Handels einzusetzen;
- sich auf EU- und Bundesebene für eine wettbewerbsverträgliche Ausgestaltung des Emissionshandels in der vierten Handelsperiode einzusetzen, ohne die Klimaziele der EU zu gefährden;
- auf EU- und Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Forschung und Entwicklung nach Prozessen für eine CO₂-arme Stahlproduktion umfassend gefördert werden und die saarländische Stahlindustrie hierbei zu unterstützen;
- sich bei der anstehenden Reform des EEG auf Bundesebene für die Eigenstrombefreiung klimafreundlicher Technologien wie hocheffiziente KWK, Erneuerbare Energien und Kuppelgase einzusetzen;
- eine Umrüstung des saarländischen Kraftwerksparks auf CO₂-arme Technologien voranzutreiben, um eine sichere, bezahlbare und zugleich klimafreundliche Energieversorgung der saarländischen Industrie sicherzustellen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.